

Voraussetzungen internationaler Solidarität: Zur Diskussion um einen europäischen Generalstreik

Wo bleibt der europäische Generalstreik? Diese anlässlich eines europäischen Aktionstages des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) im Herbst 2012 aufgeworfene Frage bildet den Ausgangspunkt des folgenden Artikels. Die Grundthese lautet: Internationale gewerkschaftliche Solidarität und transnationale Mobilisierung sind an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die in Bezug auf einen europäischen Generalstreik gegen die Austeritätspolitik der Troika aber bisher nicht gegeben sind.¹

HEINER DRIBBUSCH

1. Einleitung

Im September 2012 erinnerte Vasco Pedrina, damals Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im EGB, daran, dass auf dem EGB-Kongress 2011 in Athen ein Antrag der spanischen Dachverbände CCOO und UGT angenommen wurde, der den EGB aufforderte, koordinierte europäische Streiks bis hin zu einem europäischen Generalstreik zu prüfen (Pedrina 2012). Einen politischen Willen zur Umsetzung vermochte Pedrina freilich nicht zu erkennen. Tatsächlich zeigte sich dann beim European Day of Action and Solidarity am 14. November 2012, zu dem der EGB aufgerufen hatte, eine seit 2010 bei solchen Aktionstagen gegen die Krisenpolitik der Europäischen Union (EU) bekannte Kluft. Während es in Portugal, Spanien sowie teilweise Griechenland und Italien erstmals zu synchronisierten Streikaktionen kam und Gewerkschaften in Frankreich, Belgien sowie einigen osteuropäischen Ländern zumindest größere Demonstrationen organisierten, kamen die Gewerkschaften in den Nordländern, so z. B. auch in Deutschland, nicht über weitgehend symbolische Aktionen und Solidaritätserklärungen hinaus (Dufresne/Pernot 2013). Warum internationales gewerkschaftliches Handeln gegen die Krise offenbar schwer zu organisieren ist, soll im Folgenden in vier Schritten diskutiert werden.

Zunächst erfolgt unter Rückgriff auf die einschlägige Literatur ein kurzer Überblick zum Begriff und zu den

Grundlagen speziell gewerkschaftlicher Solidarität (Abschnitt 2). Dann frage ich in Anlehnung an neuere Ansätze aus der Gewerkschaftsforschung nach Voraussetzungen erfolgreicher sozialer und gewerkschaftlicher Mobilisierung (3). Diese theoretischen Vorüberlegungen konkretisiere ich im Folgenden anhand der Kampagne gegen die EU-Richtlinie zur Deregulierung der Hafendarbeit sowie der Proteste gegen die sogenannte Bolkestein-Richtlinie (4). Hierzu in gewisser Weise spiegelbildlich lässt sich in Abschnitt 5 zeigen, dass wesentliche Voraussetzungen für eine transnationale Mobilisierung oder gar einen europäischen Generalstreik in der Eurokrise bisher nicht gegeben sind. Ein kurzer Ausblick auf die Perspektiven internationalen gewerkschaftlichen Handelns gegen die Austeritätspolitik unterhalb der Ebene eines europäischen Generalstreiks (6) schließt den Beitrag. ▶

1 Der Autor dankt den Teilnehmern des WSI-Herbstforums 2012 für anregende Kommentare zu einer früheren Fassung der hier vorgestellten Argumentation.

2. Grundlagen gewerkschaftlicher Solidarität

Solidarität ist ein zentrales Prinzip, auf dem gewerkschaftliches Handeln gründet. Die unterschiedlichen Konzepte von Solidarität und die Frage, was sie heute noch für die Gewerkschaften bedeuten, sind wiederkehrende Themen in der jüngeren Gewerkschaftsforschung (Zoll 2000; Hyman 2002; Zeuner 2004). Schlüsselbegriffe im Zusammenhang mit Solidarität, so lässt sich herausdestillieren, sind wechselseitige Verbundenheit, gemeinsame Interessen, gegenseitige Unterstützung sowie Freiwilligkeit. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Erwartung, dass Solidarität nicht nur einseitig gewährt, sondern in bestimmten Situationen auch selbst erfahren wird.

Allgemeine Grundsätze lauten „Gemeinsam erreichen wir mehr als allein“ oder auch „Einigkeit macht stark“. Der Zusammenschluss in Gewerkschaften ermöglicht eine effektivere Interessenwahrnehmung, als dies individuell möglich wäre, genauer: Erst durch gemeinsames Handeln wird es überhaupt möglich, bestimmte Interessen gegenüber den Unternehmen oder auch dem Staat durchzusetzen. Das kollektive Handeln – so die Idee – verschafft allen und damit auch den Einzelnen Vorteile. Wer anderen hilft, hilft auch sich selbst, beziehungsweise kann erwarten, dass ihm im Konfliktfall geholfen wird. Gewerkschaftliche Solidarität hat somit sowohl eine ethisch normative als auch eine instrumentelle Seite. Dies grenzt sie von Caritas und Altruismus ab. Dabei hat Solidarität sowohl eine nach innen wie eine nach außen gerichtete Dimension. Es gibt sowohl die Solidarität „mit“ als auch die Solidarität „gegen“ (Hyman 2002, S. 52). Das Gegenüber der gewerkschaftlichen Solidarität ist dabei typischerweise die Kapitalseite oder auch die Regierung.

Gewerkschaftliche Organisation zielt darauf ab, die Konkurrenz der Arbeitskraftanbieter untereinander, wenn schon nicht auszuschalten, so doch zu mindern (Zeuner 2004, S. 328). Das gewerkschaftliche Leitbild einschließender Solidarität, in dem die Durchsetzungsstärkeren die Schwächeren mitnehmen, ist in erster Linie aus der praktischen Einsicht entstanden, dass nur wenige Beschäftigtengruppen alleine erfolgreich sein können. Hinzu kommt die Erfahrung, dass erreichte Standards bei Entgelt und Arbeitsbedingungen dann am besten gegen Unterbietung abgesichert sind, wenn sie so verallgemeinert durchgesetzt werden, dass sie der wirtschaftlichen Konkurrenz entzogen sind. Kurz-Scherf und Zeuner (2001) haben jedoch darauf hingewiesen, dass gewerkschaftliche Solidarität stets nicht nur eine inklusive, sondern auch eine exklusive Seite hat. Kein Tarifvertrag gilt für alle, und die angestrebte Kontrolle des Arbeitsmarktes beinhaltet oft auch problematische Zutrittsbeschränkungen.

Beverly Silver (2003, S. 22f.) hat zudem unter Rückgriff auf Giovanni Arrighi darauf aufmerksam gemacht, dass das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis, anders als bei-

spielsweise im Kommunistischen Manifest beschrieben, auf der Beschäftigtenseite keineswegs automatisch zu einer Vereinheitlichung der Interessen und des Handelns führt. „Die moderne Unterjochung unter das Kapital“, so das Manifest, habe dem Proletarier „allen nationalen Charakter abgestreift“. Der Irrtum, so Silver, bestehe darin, anzunehmen, dass nur weil dem Kapital die Arbeitenden lediglich als Arbeitsinstrumente erschienen, diese selbst umstandslos bereit seien, sich auch als solche zu betrachten. Vielmehr bestünden die Lohnabhängigen vielfach auf Abgrenzungen, um im Rekurs auf nicht-klassenbasierte Identitäten wie beispielsweise Hautfarbe, Religion und nicht zuletzt Nationalität Besserbehandlungen seitens des Kapitals einzufordern.

Die Kapitalseite ist ihrerseits an der Aufhebung bestimmter Barrieren, beispielsweise in Bezug auf die Mobilität der Arbeitskräfte interessiert, bedient sich aber auch dieser Spaltungen und fördert sie bei Bedarf. Insofern sind diese Grenzziehungen nie statisch und im Lohnarbeitsverhältnis beiderseits bearbeitbar. Der Aufbau inklusiver Solidarität wird schwieriger, je mehr Beschäftigte durch nationale und internationale Standortwettbewerbe und veränderte Formen der Unternehmenssteuerung in neuer Weise zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Seit der neoliberalen Wende unter Thatcher häufen sich gesetzgeberische Eingriffe von Regierungen, die auf eine Entkollektivierung (Williams 1998, S. 13) der Arbeitsbeziehungen zielen und die kollektive Durchsetzbarkeit gewerkschaftlicher Interessen einschränken. Die Auflagenpolitik der Troika liefert hierfür aktuelle Beispiele (Schömann/Clauwaert 2012).

In Situationen, in denen sich für Gewerkschaften die tarif- und betriebspolitischen Spielräume verengen, gewinnen exklusive Solidaritäten an Gewicht. Die Diskussionen um die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013, S. 179ff.; Hardy et al. 2012) sowie zahlreiche Absenkungstarifverträge oder Standortvereinbarungen, in denen Besitzstände gesichert und zugleich schlechtere Konditionen für Neueingestellte vereinbart werden, illustrieren, was gemeint ist (Zeuner 2007).

Unterschiedliche und teilweise konkurrierende Einzelinteressen integrativ zu organisieren, bleibt eine ständige gewerkschaftliche Herausforderung (Hyman 1996, S. 55; Zoll 1990). Zeuner (2004) spricht hier von „Einheit in Vielfalt“ und Hyman (2011, S. 65) betont den Aspekt der „Gegenseitigkeit trotz Unterschiedlichkeit“. Beides gilt umso mehr im Falle transnationaler Solidarität.

3. Voraussetzungen gewerkschaftlicher Mobilisierung

Idealtypisch lassen sich drei Voraussetzungen gewerkschaftlicher Mobilisierung identifizieren, die eng mitein-

ander verknüpft sind.² Als Erstes bedarf es einer geteilten Konfliktwahrnehmung, was Kelly (1998) als *wahrgenommene Ungerechtigkeit* bezeichnet. Es geht dabei nicht um den objektiven Charakter eines Konflikts, Problems oder Missstands, sondern wie Beschäftigte diese subjektiv wahrnehmen. Wesentlich ist auch, wo Ursachen verortet werden, wer (Unternehmer, Regierung, das „Kapital“) für die Problemlagen oder Missstände verantwortlich gemacht und von wem eine Lösung eingefordert wird. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Fähigkeit formeller oder informeller gewerkschaftlicher Führungspersönlichkeiten (im Sinne von *leadership*), Konflikte oder Problemlagen zu deuten, einzuordnen und Aktionsvorschläge zu machen, die von den Beschäftigten als problemadäquat wahrgenommen werden (ebd.; Darlington 2009). Wichtig ist auch, wie es gelingt, unterschiedliche Probleme in gemeinsamen Forderungen zu bündeln (Regalia 1988, S. 351; Gajewska 2008, S. 108). All dies entscheidet mit, ob das wahrgenommene Problem den Beschäftigten überhaupt als lösbar erscheint.

Die zweite, mit dem eben Genannten eng verbundene, Grundvoraussetzung lässt sich als *wahrgenommene* Wirksamkeit bezeichnen (Kelly 1998, S. 59; Boxall/Haynes 1997, S. 571). Die Beschäftigten müssen davon überzeugt sein, dass es für den Konflikt beziehungsweise das Problem eine gangbare Lösung gibt und sie tatsächlich gemeinsam stärker werden. Dies verbindet sich eng mit der Wahrnehmung der Stärke und Durchsetzungsfähigkeit der betreffenden Gewerkschaften. Auch hier liegt die Betonung auf der subjektiven Wahrnehmung, die durch Erfahrungen sowie die jeweilige betriebliche und persönliche Situation, die Medien, aber auch durch Gespräche im Familienkreis und der persönlichen Umgebung beeinflusst wird. Kollektive Erfolge und Niederlagen, aber auch Erfahrungen mit dem Veränderungspotenzial vergangener Proteste, spielen ebenso wie das konkrete Auftreten der Gewerkschaft im Konflikt eine wesentliche Rolle.

Schließlich bedarf es im Falle internationaler Mobilisierung noch einer dritten, eher strukturellen Voraussetzung, nämlich mobilisierungsfähiger Gewerkschaften. Dies erscheint trivial, ist jedoch angesichts lückenhafter Verankerung in vielen Branchen und Ländern keineswegs selbstverständlich. Einzelgewerkschaften und nationale Dachverbände sind zudem in ihrer Praxis weitestgehend auf den jeweiligen Nationalstaat ausgerichtet. Sie sind durch unterschiedliche Traditionen, politische Ausrichtungen, institutionelle Rahmenbedingungen sowie daraus entwickelte Handlungsrepertoires geprägt (für Westeuropa Gumbrell-McCormick/Hyman 2013), die nur selten international ausgerichtet sind (Turnbull 2006). Dies ist der Ausgangspunkt, von dem aus transnationales Handeln zu entwickeln ist. Selbstläufer gibt es dabei nicht. Die Internationalisierung der Wirtschaft allein bringt keinen gewerkschaftlichen Internationalismus hervor, und welche Formen internationale Solidarität annimmt, wird auch von den zugrunde liegenden Problemlagen geprägt (Umney 2012).

4. Erfolgreiche europäische Mobilisierungen

4.1 Das Beispiel Port Package

Als ein Beispiel erfolgreicher grenzüberschreitender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit gilt der Bereich der Hafendarbeit (Lillie 2004; Turnbull 2006; Umney 2012). Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), in der auch die Hafendarbeiter-Gewerkschaften organisiert sind, verfügt als Dachverband über umfangreiche Erfahrungen in der Organisation internationaler Solidarität (Gumbrell-McCormick 2013, S. 197).³ Daneben und in politischer Konkurrenz zur ITF hat sich 2000 mit dem International Dockworker Council (IDC) ein weiterer Dachverband gegründet, in dem wichtige spanische (Coordinadora) und französische (CGT) Gewerkschaften organisiert sind. Hafendarbeiter verfügen aufgrund ihrer Schlüsselposition im Transportgewerbe – 90 % der in die EU importierten Fracht kommt auf dem Seeweg (Kamin-Seggewies 2008, S. 177) – über große strukturelle Macht und sind gewerkschaftlich hoch organisiert.

Im Februar 2001 veröffentlichte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie über den *Marktzugang zu Hafendienstleistungen*, die auch als Port Package I bekannt wurde (ebd.). Als besonders problematisches Element galt aus Gewerkschaftssicht, dass in Zukunft Reedern die Möglichkeit geboten werden sollte, die Abfertigung in den Häfen durch die Schiffsbesatzungen selbst vornehmen zu lassen. Nach ersten noch nicht zwischen ITF und IDC abgestimmten Aktionstagen folgten im Januar 2003 eine erste paneuropäisch ausgerichtete, teilweise von Arbeitsniederlegungen begleitete Aktionswoche sowie mehrere internationale Großdemonstrationen in Straßburg (10. – 11. März 2003) sowie Rotterdam und Barcelona (29. September 2003). Begleitet wurden die Aktionen von Unterschriftensammlungen und einem intensiven Lobbying unter EU-Abgeordneten. Am 29. November 2003 dann der Erfolg: Das EU-Parlament stimmte mit Mehrheit gegen die Richtlinie. Dennoch legte die EU-Kommission im Oktober 2004 eine weitere Richtlinie vor (Port Package II), die mit der ersten weitgehend identisch war und wieder die umstrittene Option der Selbstabfertigung durch die Schiffsbesatzun- ►

2 Der folgende Abschnitt knüpft dabei an die von John Kelly (1998) entwickelte Mobilisierungstheorie sowie eigene Forschungen zur gewerkschaftlichen Organisation (Dribbusch 2003; 2011) an.

3 Der ITF gelang 1999 der Abschluss des ersten globalen Tarifvertrags für die Seeschifffahrt mit dem International Maritime Employers Committee (IMEC), einem internationalen Arbeitgeberverband der Reedereien.

gen enthielt. Erneut entwickelte sich eine lang anhaltende, von Aktionen, Protesten und Streiks getragene Protestwelle, die am 16. Januar 2006 in einer Großdemonstration in Straßburg mit rund 10.000 Teilnehmern kulminierte. Erneut und diesmal mit noch deutlicherer Mehrheit unterlag die Richtlinie im EU-Parlament.⁴

Was ermöglichte diesen Erfolg? In der Auseinandersetzung um Port Package I und II trafen wesentliche Voraussetzungen internationaler Solidarität und sozialer Mobilisierung in geradezu idealtypischer Weise zusammen. Die Hafendarbeiter stellen eine weitgehend homogene Beschäftigungsgruppe dar, die zudem in den Häfen relativ eng zusammenarbeitet, was ein Gefühl von Gemeinsamkeit ermöglicht. Die Arbeitsbedingungen in den Häfen ähneln sich, die Berufsbilder auch. Das immer wieder auftauchende Motto „Proud to be a docker“ (ebd.) ist äußerer Ausdruck eines gemeinsamen Berufsethos, an dem wechselseitige Unterstützung anknüpfen kann.

Ausgangspunkt der Kampagne war eine gemeinsam geteilte Konfliktwahrnehmung. Die Deutung und Einordnung des Konflikts war relativ einfach. Die Bedrohung der Hafendarbeit durch die Selbstabfertigung lag auf der Hand. Die politische Verantwortung für die Richtlinie ließ sich klar zuordnen. Aus der Ablehnung der Richtlinie ergab sich eine klare Zielorientierung: die Verhinderung der Verabschiedung der Richtlinie im EU-Parlament. Zugleich versprach die internationale Kooperation im Erfolgsfall für alle Beteiligten einen Nutzen (Gajewska 2008, S. 108). Das hohe Maß an gewerkschaftlicher Organisation sowie das Bewusstsein eigener Stärke bildeten eine wichtige Basis für ein (Selbst) Vertrauen in die potenzielle Wirksamkeit gemeinsamer gewerkschaftlicher Aktion. Der Erfolg im Jahre 2003 bestärkte dies.

Schließlich gab es mit der ITF einen Dachverband, der Erfahrungen mit internationaler Mobilisierung hatte und in der Lage war, dem Protest Gestalt zu geben und die angeschlossenen Gewerkschaften wirksam in gemeinsame Aktionen einzubinden. Ein weiteres Erfolgsmoment war, dass diese vertikale Organisation von Solidarität um eine horizontale Organisation durch von lokalen Gewerkschaftsorganisationen und Aktivisten getragene Netzwerke effektiv ergänzt wurde (Turnbull 2006, S. 216ff.; Kamin-Seggewies 2008). Dank dieser wurden wesentliche Grundlagen für eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Gewerkschaftsgruppen unterschiedlicher Länder und Dachverbandszugehörigkeit gelegt. Die über mehrere Jahre aufgebaute, auf persönlichen Kontakten basierende Zusammenarbeit ermöglichte das für erfolgreiche Koalitionen unabdingbare wechselseitige Vertrauen und Verständnis für unterschiedliche „Kulturen und Empfindlichkeiten“ (Kamin-Seggewies 2008, S. 166). Im wahrsten Sinne des Wortes eine gemeinsame Sprache zu finden, war dabei nicht die geringste Hürde.

Erleichtert wurde der positive Ausgang der Kampagne sicherlich auch durch partielle Interessenkoalitionen zwischen Gewerkschaften und Hafenbetrieben. Letztere, in

Deutschland bis dato noch öffentliche Unternehmen, hatten teilweise kein Interesse, einen Teil ihres Geschäftes an die Reedereien zu verlieren.

4.2 Das Beispiel Bolkestein-Richtlinie

Von 2000 bis zum Beginn der Krise 2008 rief der EGB in nahezu jedem Jahr zumindest zu einer größeren europäischen Demonstration auf (ETUC o. J.). Anlässe und Orte wurden häufig durch entsprechende EU-Gipfel bestimmt. Die Beteiligung schwankte nach Angaben des EGB zwischen mehreren Zehntausend bis über Hunderttausend Teilnehmern. Eine Ausnahme von diesen um sehr allgemeine Losungen zentrierten und daher bezüglich konkreter Erfolge kaum messbaren Manifestationen bildete in den Jahren 2005 und 2006 die vom EGB koordinierte Kampagne gegen die sogenannte Bolkestein-Richtlinie. Diese Richtlinie hatte zum Ziel, den Dienstleistungsverkehr zwischen den einzelnen Mitgliedsländern zu liberalisieren. In den Augen der Gewerkschaften, insbesondere in den Ländern mit vergleichsweise hohen Lohnstandards, war dabei besonders problematisch, dass für die Bezahlung der in ein anderes Land entsandten Beschäftigten das sogenannte Herkunftsprinzip gelten sollte (Gajewska 2008, S. 111). Die daraus entstehende gewerkschaftliche Protestbewegung äußerte sich neben einem intensiven politischen Lobbying in Großdemonstrationen – 2005 in Brüssel und 2006 in Berlin und Straßburg. Dabei gelang es 2006, die Richtlinie an entscheidenden Punkten insbesondere bezüglich des Herkunftsprinzips zu modifizieren.

Zwei Elemente der Kampagne stechen dabei besonders hervor:

(1) Es gelang eine politisch sehr wirksame Deutung und Rahmung des Konflikts als Auseinandersetzung zur Verteidigung europäischer Sozialstandards, ja des sozialen Europas überhaupt (Crespy 2011; 2013; Gajewska 2008, S. 111). Dies stieß zunächst auf publizistische und dann auch auf politische Resonanz. Unter dem Eindruck des im Mai 2005 in Frankreich bevorstehenden Referendums zur EU-Verfassung positionierte sich Präsident Chirac gegen die Richtlinie. In Deutschland änderte Bundeskanzler Schröder unter dem Druck aus der eigenen Partei, von Gewerkschaften sowie kritischer Presseberichte gleichfalls 2005 den Kurs, ebenso wie sich ausgesprochene Wirtschaftsliberale wie Juncker oder Barroso bei prinzipieller Zustimmung zur Marktöffnung gegen Sozialdumping aussprachen (Crespy 2013, S. 11).

4 Der Ausgang eines neuen, 2013 gestarteten Anlaufs der EU-Kommission zur Deregulierung der Hafendarbeit ist noch offen. Die ITF machte im September 2013 deutlich, dass es mit ihr kein Port Package III geben werde.

(2) Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt der Kampagne war, dass es trotz vordergründig gegensätzlicher Ausgangspositionen gelang, eine auf der Betonung gemeinsamer Interessen aufbauende Kooperation zwischen west- und osteuropäischen Gewerkschaften zu etablieren, von der alle Beteiligten Vorteile erwarten konnten. Insbesondere polnische Gewerkschaften vertraten das Argument, dass es allenfalls kurzfristige Wettbewerbsvorteile für polnische Anbieter gebe, langfristig das Herkunftslandprinzip jedoch die Sozialstandards im eigenen Land gefährde und dass bei einer Orientierung an den Standards der Zielländer für im Ausland arbeitende polnische Beschäftigte bessere Bezahlung zu erwarten sei (Gajewska 2008, S. 111f.). „Gleicher Zugang, gleiche Arbeitsbedingungen, gleicher Schutz“ lautete die Formel von Solidarnosc, die beispielsweise direkt anschlussfähig war zur Forderung der IG Bauen, Agrar, Umwelt nach „gleicher Bezahlung für die gleiche Arbeit am gleichen Ort“ (zitiert nach Bernaciak 2011, S. 36).

5. Aktionen gegen die Austeritätspolitik

Eine vergleichbare europaweite gewerkschaftliche Bewegung ist bisher gegenüber der Austeritätspolitik der EU nicht zustande gekommen. Die extrem unterschiedliche Breite und Intensität der gewerkschaftlichen Aktivitäten

am europäischen Aktionstag vom 14. November 2012 (Dufresne/Pernot 2013), für den der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit dem Motto „Für Arbeit und Solidarität: Nein zur sozialen Spaltung Europas!“ aufgerufen hatte, war weniger machtvoller Ausdruck europaweiter Solidarität als Spiegelbild eben jener sozialen Spaltung, gegen die es anzugehen hieß (Erne 2012; Hofmann 2014).

5.1 Keine gemeinsame Krisenwahrnehmung

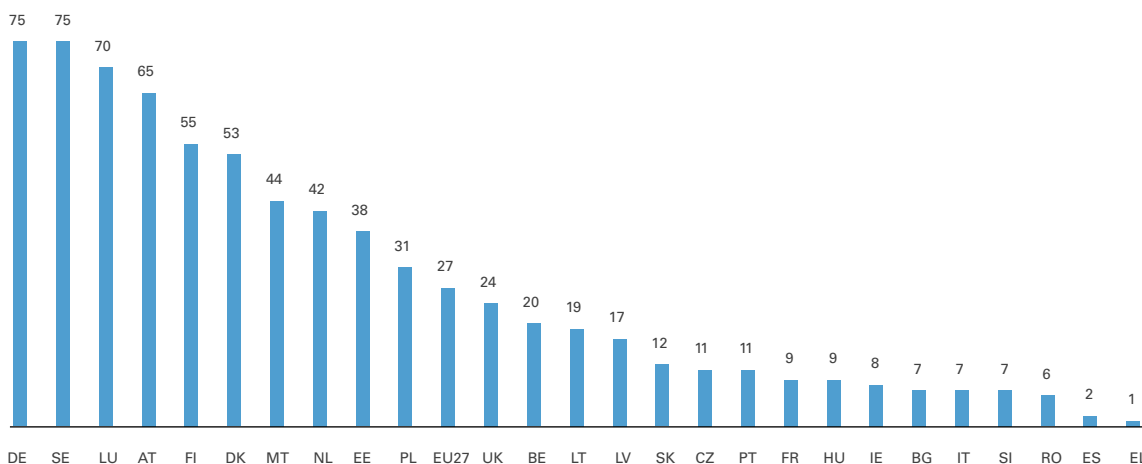
Eine gemeinsam geteilte Konfliktwahrnehmung der Beschäftigten war 2012 auf europäischer Ebene nicht auszumachen. Bereits die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage durch die Bevölkerung war in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In einer repräsentativen Umfrage der Europäischen Kommission vom November 2012, dem Zeitpunkt des internationalen EGB-Aktionstages, zeigte sich eine große Bandbreite teilweise sehr unterschiedlicher Einschätzungen der jeweiligen wirtschaftlichen Lage. Während die Befragten in Ländern wie Griechenland, Spanien, Rumänien, Italien und Frankreich die wirtschaftliche Lage fast geschlossen als insgesamt „schlecht“ einstufen, fiel zum gleichen Zeitpunkt insbesondere in den sogenannten Nordländern die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage mehrheitlich als „ziemlich gut“ oder „sehr gut“ aus – in Deutschland sahen dies sogar drei Viertel der Befragten so (Abbildung 1).

Aber nicht nur die Einschätzungen, auch die tatsächliche wirtschaftliche Lage differierte zu diesem Zeitpunkt erheblich. Während beispielsweise in Griechenland ►

ABB. 1

Positive Einschätzung* der wirtschaftlichen Lage (Herbst 2012)

Angaben in Prozent



* Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage der Wirtschaft?“ antworteten die angegebenen Anteile der Befragten mit „ziemlich gut“ oder „sehr gut“

AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien

Quelle: Standard-Eurobarometer 78; Darstellung des Autors.

WSI Mitteilungen

und Spanien die Beschäftigung zwischen 2008 und 2012 regelrecht abstürzte, verzeichneten andere Länder eher moderate Abschwünge und Deutschland sogar eine positive Entwicklung. Ähnliches gilt für die Reallohnentwicklung und andere Kennziffern.

Auch die Gewerkschaften sind in ganz unterschiedlichem Ausmaß von der Krise tangiert. Während die Gewerkschaften in den Krisenstaaten Südeuropas sich mit direkten Eingriffen von EU und Troika zu ihren Lasten in Lohnpolitik und industriellen Beziehungen auseinandersetzen müssen (Schulzen/Müller 2013), sind die Gewerkschaften in den sogenannten „Überschussländern“ von solchen Eingriffen bisher sehr viel weniger oder gar nicht betroffen.

5.2 Konfliktdeutung und -einordnung

Die Krise wird häufig, auch in Gewerkschaften, als Ergebnis aus dem Ruder gelaufener Finanzmärkte gedeutet. Im Visier sind in erster Linie „Finanzwelt und Spekulanten“ (DGB 2012). Dass es breit getragene politische Entscheidungen waren, mit denen die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben wurde (Cioffi/Höpner 2006), und dass auch die Großunternehmen der sogenannten Realwirtschaft wichtige Player am Finanzmarkt sind, tritt in der populären Krisendeutung in den Hintergrund. Vielmehr erscheinen Regierungen, Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen als Opfer anonymer Marktkräfte. Für die deutschen Gewerkschaften waren 2008/2009 sowohl Regierung als auch Unternehmen eher Bündnispartner denn Gegner. Zwar forderten nahezu alle Gewerkschaften international abgestimmte Maßnahmen zur Disziplinierung der Märkte, doch bot vor allem die nationale Ebene den Gewerkschaften unmittelbare Handlungsmöglichkeiten (Bernaciak 2009). Der Fokus gewerkschaftlichen Krisenmanagements lag im Allgemeinen auf der Sicherung und Stärkung der jeweiligen nationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie der von ihnen vertretenen Branchen (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013, S. 125). Dies gilt auch für Deutschland (Dribbusch 2012; Urban 2013).

Aufseiten der Beschäftigten überwog eine eher abwartende Haltung, die je nach Branche und Betrieb von ganz unterschiedlicher Betroffenheit geprägt war. Die von verschiedenen politischen Initiativen und Gewerkschaftsgliederungen getragenen kapitalismuskritisch ausgerichteten Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ fanden im Jahr 2009 ein eher verhaltenes Echo. Die Frage einer nachhaltigen internationalen Krisenbewältigung rückte zudem in dem Maße in den Hintergrund, wie sich ab 2010 abzeichnete, dass die Beschäftigungsentwicklung positiver als von vielen befürchtet verlief.

Erst in der zweiten Krisenwelle ab 2011 trat die europäische Dimension wieder stärker ins Bewusstsein. Allerdings war auch hier die vorherrschende Problemdeutung in Deutschland für eine internationale Mobilisierung eher hinderlich. Indem die aktuelle Krise im landläufigen Dis-

kurs als Schuldenkrise etikettiert wurde, fand bereits mit diesem Begriff die sie nunmehr begleitende Sparpolitik ihre scheinbare Rechtfertigung. Wer Schulden hat, möge diese doch bitte begleichen: Auf dieser Linie liegt die ideologische Begründung für eine neoliberale Sparpolitik, die in Deutschland bereits ab 2009 mit Zweidrittelmehrheit in Verfassungsrang erhoben und ab 2011 mit Macht nach Europa exportiert wurde. Dissidente Positionen, wie sie sich in den Gewerkschaften und ihrem Umfeld finden (ver.di 2011; Horn et al. 2012), haben es dagegen nicht leicht. Besonders schwierig ist zu vermitteln, dass nicht „die Deutschen“ für „die Griechen“ zahlen und dass die deutsche Wirtschaft bis zur Krise von den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa profitierte.

Schließlich ist auch der Gegnerbezug nicht einfach zu klären. Während beispielsweise für griechische und spanische Gewerkschaftsmitglieder neben der eigenen Regierung die EU und die Troika sowie möglicherweise noch die bundesdeutsche Kanzlerin klar ausmachbare Gegner darstellen, an die sie ihre Forderungen richten können, stellt sich dies für bundesdeutsche Gewerkschafter nicht so eindeutig dar. Von der Troika geht keine direkte Bedrohung aus, und das vorgebliche Bemühen der deutschen Europapolitik, die Belastungen deutscher Steuerzahler so gering wie möglich zu halten, findet durchaus Zustimmung.

5.3 Die Gewerkschaften

Der EGB ist als Dachverband von Dachverbänden bei allen Mobilisierungen auf die Bereitschaft zur Umsetzung der angeschlossenen Einzelgewerkschaften angewiesen. Unter diesen gibt es jedoch je nach Land und vertretenen Branchen recht unterschiedliche politische Auffassungen und Interessenlagen (Hofmann 2014). Der EGB selbst tut sich zudem mit einer prinzipiellen Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der EU schwer. Dies liegt vermutlich weniger daran, dass wichtige EGB-Institutionen von der EU mitfinanziert werden (obwohl auch dies eine Rolle spielen mag), sondern vor allem an der bisherigen Haltung der sozialdemokratisch geprägten Mehrheit innerhalb der EGB-Mitgliedsgewerkschaften (Hyman 2009). Deren Nähe zu sozialdemokratischen Regierungsparteien begünstigte, dass der EGB die sogenannten europäischen Prozesse von Maastricht bis Lissabon im Kern mittrug. Die von den großen Industriegewerkschaften in Deutschland gestützte Grundhaltung des EGB war stets von prinzipieller Zustimmung mit Einschränkungen im Detail geprägt. Eine beschäftigtenfreundliche Politik aber lediglich einzufordern, ohne dass die Bereitschaft – und Fähigkeit – zur Ablehnung besteht, wenn bestimmte Bedingungen nicht erfüllt sind, machte die Gewerkschaften gegenüber der EU-Kommission faktisch zu Bittstellern (Hyman 2009, S. 29).

6. Ausblick

Europäische Gewerkschaftspolitik spielt im gewerkschaftlichen Alltag mit wenigen Ausnahmen⁵ nur am Rande eine Rolle. Einen wie auch immer gearteten Basis-Internationalismus gibt es zumindest in Deutschland abseits einiger kleiner Arbeitskreise nicht (Dribbusch/Schulten 2011). Die Europapolitik ist, dies gilt für fast alle Länder, in erster Linie Sache hauptamtlicher Spezialistinnen und Spezialisten in den Gewerkschaften (Hyman 2005). Zugleich geht der Prozess der gewerkschaftlichen Verständigung über den Charakter der EU-Politik und deren Auswirkungen weiter (Pedrina 2013). Die Kampagnen zu Port-Package I und II und zur Bolkestein-Direktive zeigen, dass eine tatsächlich alle EU-Länder gleichermaßen erfassende Mobilisierung nicht zwingend notwendig ist, um Erfolg zu haben. Entscheidend ist, wer mitmacht und ob das Thema überspringt. Nennenswerte Proteste in Frankreich und vor allem in Deutschland würden die Auflagenspolitik der Troika weit mehr erschüttern als weitere „Generalstreiks“ in Griechenland oder Portugal. Den deutschen Gewerkschaften kommt insofern eine Schlüsselrolle zu. Auch in DGB, Vereinter Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und IG Metall wird die Europadebatte kritisch weitergeführt (Buntenbach 2014; Bsirske 2014; Lemb/Urban 2014). Diese, sich von nationalen Rückzügen und Abgrenzungen absetzende Kritik der Austeritätspolitik ist aber bisher gesellschaftlich und wohl auch in den betreffenden Organisationen in der Minderheit. Ähnliches galt allerdings auch einmal für die Themen Mindestlohn und Leiharbeit. Bei beiden entwickelte sich ein viel- und wechselseitiger Prozess, der zu gewerkschaftlichen wie gesellschaftlichen Mehrheiten führte. Beim Thema Krisenpolitik ist ein solcher zumindest in Deutschland bisher nicht in Gang gekommen. Fast drei Viertel der Befragten in Deutschland waren im Oktober 2013 der Ansicht, persönlich nicht von der Krise betroffen zu sein (Lemb/Urban 2014, S. 49). Dem widerspricht nicht, dass spanische oder griechische Gewerkschaftsmitglieder, die in Deutschland direkt über die dramatischen Auswirkungen der Sparpolitik auf ihren Alltag berichten, auf breite Empathie treffen.

Möglicherweise ließe sich in Deutschland deshalb am ehesten eine Solidarität *mit* den von der Krise betroffenen Beschäftigten entwickeln, die auf der Empörung über die teilweise im Wortsinne tödlichen Folgen der aufgezwungenen Sparmaßnahmen zum Beispiel im Gesundheitswesen basiert. Zugleich weisen die oben genannten Beispiele darauf hin, dass die Kritik gegen die Folgen der European Economic Governance vielleicht zunächst leichter über Einzelkampagnen voranzubringen ist, die sich auf einzelne, ganz konkrete Punkte konzentrieren. Ein Beispiel hierfür wäre die erfolgreiche Unterschriftensammlung für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“. Die Kampagne wurde 2012 vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) mitinitiiert und in Deutschland von einem breiten Bündnis aus verschiedenen Initiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und ver.di unterstützt. Auch hier gab es massive Ungleichgewichte in der Aktion. Von den rund 1,9 Mio. Unterschriften, die dabei europaweit bis zum Ende der Einreichungsfrist im September 2013 gesammelt wurden, kamen allein 1,38 Mio. aus Deutschland. Abzuwarten bleibt, ob das Instrument EBI nun in das erweiterte Handlungsrepertoire des EGB aufgenommen wird, was zuvor an Bedenken französischer und deutscher Gewerkschaften scheiterte (Pedrina 2013).

Internationale Solidarität entwickelt sich aus Widerspruch und Auseinandersetzung (vgl. Hyman 2001, S. 175). Hierzu gehört auch die innergewerkschaftliche Debatte über die zukünftige Europastrategie im Spannungsfeld von Standortpolitik und internationaler Zusammenarbeit. Eine internationalistische Kritik der Austeritätspolitik steht dabei nicht zuletzt vor der schwierigen Aufgabe, mobilisierungsfähige Alternativkonzepte zu entwickeln, die einen überzeugenden Gegenentwurf zum ökonomischen Fatalismus der marktwirtschaftlichen Gesellschaften (Erne 2011, S. 18) bilden. ■

LITERATUR

- Bernaciak, M.** (2009): Labour solidarity in crisis? Lessons from General Motors, in: *Industrial Relations Journal* 44 (2), S. 139–153
- Bernaciak, M.** (2011): East-West European labour transnationalism(s): Rivalry or joint mobilisation?, in: Bieler, A./Lindberg, I. (Hrsg.): *Global restructuring, labour and the challenges for transnational solidarity*, London, S. 33–47
- Boxall, P./Haynes, P.** (1997): Strategy and trade union effectiveness in a neo-liberal environment, in: *British Journal of Industrial Relations* 35 (4), S. 567–591
- Bsirske, F.** (2014): Ein neuer Weg für Europa, in: *Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europa-Politik*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014, S. 32–41
- Buntenbach, A.** (2014): Wer hat Recht(e) in Europa? Die Grundrechtsverletzungen der Troika beenden – Schluss mit dem Austeritätskurs, in: *Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europa-Politik*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014, S. 3–11
- Cioffi, J.W./Höpner, M.** (2006): The political paradox of finance capitalism: Interests, preferences, and center-left politics in corporate governance reform, in: *Politics & Society* 34 (4), S. 1–40
- Crespy, A.** (2011): European integration and resistance to institutional change: The politics of services liberalization in the European Union, CES Papers – Open Forum (7), Harvard
- Crespy, A.** (2013): Développer et communiquer une contre-expertise ou comment la gauche européenne a résisté à la directive Bolkestein, *Quaderni* (80), Hiver 2012–2013
- Darlington, R.** (2009): Leadership and union militancy, in: *Capital & Class* 33 (3), S. 3–32
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)** (2012): Aufruf zum Europäischen Aktionstag am 14.11.2012, <http://www.dgb.de/themen/+co++49141172-2435-11e2-81e8-00188b4dc422> (letzter Zugriff: 14.5.2014)
- Dribbusch, H.** (2003): Gewerkschaftliche Mitgliedergewinnung im Dienstleistungssektor. Ein Drei-Länder-Vergleich im Einzelhandel, Berlin
- Dribbusch, H.** (2008): Organisieren in der Fläche. Die ver.di/SEIU-Kampagne im Hamburger Bewachungsgewerbe, in: *WSI-Mitteilungen* 61 (1), S. 18–24, http://www.boeckler.de/wsi_25021_25031.htm
- Dribbusch, H.** (2011): Organisieren am Konflikt: zum Verhältnis von Streik und Mitgliederentwicklung, in: Haipeter, Th./Dörre, K. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*, Wiesbaden, S. 231–263
- Dribbusch, H.** (2012): Sozialpartnerschaft und Konflikt: Gewerkschaftliche Krisenpolitik am Beispiel der deutschen Automobilindustrie, in: *Zeitschrift für Politik* 59 (2), S. 123–143
- Dribbusch, H./Schulten, Th.** (2011): German unions facing neoliberalism: Between resistance and accommodation, in: Gall, G./Wilkinson, A./Hurd, R. (Hrsg.): *International handbook of labour unions: Responses to neo-liberalism*, Cheltenham, S. 143–166
- Dufresne, A./Pernot, J.-M.** (2013): Les syndicats européenne à l'épreuve de la nouvelle gouvernance économique, in: *Chronique internationale de l'IRES* (143-144), S. 3–29
- Erne, R.** (2008): *European unions. Labor's quest for a transnational democracy*, Ithaca/London
- Erne, R.** (2011): *European unions after the crisis: UCD Dublin European Institute*, Working Paper 11–1, May, Dublin
- Erne, R.** (2012): *European industrial relations after the crisis. A postscript*, in: Smismans, S. (Hrsg.): *The European Union and industrial relations – new procedures, new context*, Manchester, S. 225–235
- European Commission** (2012): *Public Opinion in the European Union. Autumn 2012. First results*, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_first_en.pdf

5 Neben den oben genannten finden sich weitere Beispiele bei Erne (2008).

- European Trade Union Confederation (ETUC)** (o.J.): Eurodemonstrations, <http://www.etuc.org/6-etuc-euro-demonstrations> (letzter Zugriff: 14.5.2014)
- Gajewska, K.** (2008): The emergence of a European labour protest movement?, in: *European Journal of Industrial Relations* 14 (1), S. 104–121
- Gumbrell-McCormick, R.** (2013): The international labour movement. Structures and dynamics, in: Fairbrother, P./Hennebert, M.-A./Lévesque, C. (Hrsg.): *Transnational trade unionism. Building union power*, New York, S. 183–202
- Gumbrell-McCormick, R./Hyman, R.** (2013): *Trade unions in Western Europe. Hard times, hard choices*, Oxford
- Hardy, J./Eldring, L./Schulten, Th.** (2012): Trade union responses to migrant workers from the “new Europe”: A three sector comparison in the UK, Norway and Germany, in: *European Journal of Industrial Relations* 18 (4), S. 347–363
- Hofmann, J.** (2014): Auf dem Weg zu einem europäischen Generalstreik? Erste Annäherungen an ein großes Thema, in: *Kurswechsel* (1), S. 34–43
- Horn, G./Lindner, F./Tober, S./Watt, A.** (2012): Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, IMK Report (75), Düsseldorf
- Hyman, R.** (1996): Changing trade union identities in Europe, in: Leisink, P./Leemput, J. v./Vilrocx, J. (Hrsg.): *The challenges to trade unions in Europe. Innovation or adaptation*, Cheltenham, S. 53–73
- Hyman, R.** (2001): *Understanding european trade unionism. Between market, class and society*, London
- Hyman, R.** (2002): Grenzen der Solidarität, in: *Transit* (24), S. 50–62
- Hyman, R.** (2005): Shifting dynamics in international trade unionism, in: *Labor History* 46 (2), S. 137–54
- Hyman, R.** (2009): Trade unions and “Europe”: Are the members out of step?: London School of Economics and Political Science, LEQS Paper 14/2009, London
- Hyman, R.** (2011): Gewerkschaftliche Strategien und Solidaritätspolitik unter globalen Konkurrenzbedingungen, in: Gerlach, F./Greven, Th./Mückenberger, U./Schmidt, E. (Hrsg.): *Solidarität über Grenzen. Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz*, Berlin, S. 51–72
- Kamin-Seggewies, B.** (2008): Kraftproben – der aktuelle Kampf gegen die Liberalisierung der Hafendarbeit, in: Achten, U./Kamin-Seggewies, B. (Hrsg.): *Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafendarbeit*, Hamburg, S. 145–190
- Kelly, J.** (1998): *Rethinking industrial relations: Mobilization, collectivism and long waves*, London/New York
- Kurz-Scherf, I./Zeuner, B.** (2001): Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 52 (3), S. 147–160
- Lemb, W./Urban, H.** (2014): Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union, in: *Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europa-Politik*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014, S. 42–54
- Lillie, N.** (2004): Global Collective Bargaining on flag of convenience shipping, in: *British Journal of Industrial Relations* 42 (1), S. 47–67
- Pedrina, V.** (2012): Ein europäischer Generalstreik? Mobilisierung für Alternativen in Europa, in: *Sozialismus* 39 (9), S. 38–42
- Pedrina, V.** (2013): Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“, in: *Gegenblende* (21), Mai/Juni, <http://www.gegenblende.de/++co++8ec8727a-d1ba-11e2-b8cc-52540066f352>
- Regalia, I.** (1988): Democracy and unions: Towards a critical appraisal, in: *Economic and Industrial Democracy* 9 (3), S. 345–71
- Schömann, I./Clauwaert, S.** (2012): *The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise*, Brüssel
- Schulten, Th./Müller, T.** (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (3), S. 291–321
- Silver, B.** (2003): *Forces of labor. Workers’ movements and globalization since 1870*, Cambridge
- Turnbull, P.** (2006): The war on Europe’s waterfront. Repertoires of power in the port transport industry, in: *British Journal of Industrial Relations* 44 (2), S. 305–326.
- Umney, Ch.** (2012): Managerial and mobilizing internationalism in the British docks and seafaring sector, in: *European Journal of Industrial Relations* 18 (1), S. 71–87
- Urban, H.-J.** (2013): Krisen-Korporatismus und gewerkschaftliche Revitalisierung in Europa, in: Urban, H.-J. (Hrsg.): *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*, Hamburg, S. 198–213
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)** (2011): *Achtung Europa in Gefahr. Ein soziales Europa geht anders*, <http://wipo.verdi.de/broschueren/achtung-europa-in-gefahr> (letzter Zugriff: 12.05.2014)
- Williams, S.** (1998): Social change and British trade unionism in the 1980s and 1990s: Reasserting the concept of “instrumental collectivism”, Katholieke Universiteit Leuven, Hoger Instituut voor de arbeid, Conference: Does class still unite, 8–9 January, conference paper
- Zeuner, B.** (2004): *Widerspruch, Widerstand, Solidarität und Entgrenzung – neue und alte Probleme der Gewerkschaften*, in: Beerhorst, J./Demirovic, A./Guggemos, M. (Hrsg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a. M., S. 318–353
- Zeuner, B.** (2007): *Unsolidarische Konkurrenz? Das verzwickte Verhältnis von DGB-Gewerkschaften und kämpferischen Berufsgewerkschaften*, <http://www.linksnet.de/de/artikel/20466> (letzter Zugriff: 20. 02.2014)
- Zoll, R.** (1990): Beteiligung als Element einer neuen politischen Kultur in Alltag und Betrieb, in: *WSI-Mitteilungen* 43 (1), S. 52–57
- Zoll, R.** (2000): *Was ist Solidarität heute?*, Frankfurt a. M.

AUTOR

HEINER DRIBBUSCH, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftspolitik.

@ heiner-dribbusch@boeckler.de